

Aus der Hüfte

Die Nebenaußenpolitik der CSU nervt Hans-Dietrich Genscher. Es geht – wieder einmal – um die Bonner Haltung zu Afrika.

Noch bevor Hans Klein – wie er selbst weiß „auf Vorschlag oder Anregung von Franz Josef Strauß“ – zu lange erhofften Ministerehren in Bonn kam, hatte er zumindest eine klare Vorstellung von seiner neuen Aufgabe: „Die Entwicklungshilfe-Politik“, beschreibt der CSU-Ressortchef sein neues Aktionsfeld ganz im Sinne des Gönners, „ist natürlich immer auch Außenpolitik.“

Hans-Dietrich Genscher stünde nicht über ein Jahrzehnt an der Spitze des Auswärtigen Amtes, hätte er nicht längst Witterung aufgenommen. Alarmiert von der Berufung des Strauß-Spezis ins Entwicklungsressort, gab der FDP-Mann Mitte März Weisung, die drohende Nebenaußenpolitik von Kleins Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) zu durchleuchten.

In einem 18-Seiten-Papier trugen die Genscher-Beamten „Überlegungen zur weiteren Ausgestaltung unserer Entwicklungspolitik“ zusammen. Sie warnten vor „einer eigenen Außenpolitik des BMZ“. Das Auswärtige Amt, so ihre Forderung, müsse dem Hause Klein gegenüber „den Primat der Außenpolitik vertreten“. Mit Sorge beobachteten die Genscher-Beamten, „daß die Politisierung (und die Ausrichtung der Entwicklungshilfe auf deutsche wirtschaftliche Interessen) auch seinem (Kleins) Konzept entspricht“.

Tatsächlich kommen sich Außen- und Entwicklungspolitik immer häufiger in die Quere. Genscher wie der in Polittränken aller Art erfahrene Klein wissen besser als andere, daß dem CSU-Ressort an der Bonner Karl-Marx-Straße seit der Wende vor allem die Rolle einer außenpolitischen Stabsstelle der bayrischen Staatsregierung zufällt: Klein soll – wie sein Vorgänger Jürgen Warnke – die offizielle Bonner Außenpolitik überall dort konterkarieren, wo sie den Visionen des verhinderten Ober-Außenministers aus München zuwiderläuft.

So gibt es im südlichen Afrika, einem der geopolitischen Lieblingsfelder des bayrischen Ministerpräsidenten (Strauß: „Die weiße Kultur muß erhalten bleiben“), schon keine Außenpolitik aus einem Guß mehr. Klein propagierte letzte Woche offen Bonner Entwicklungshilfe für das von Südafrika abhängige Namibia und dessen Marionettenregime – das Außenamt will Staatsgelder erst nach vorherigen international kontrollierten Wahlen genehmigt sehen.

Dem FDP-Außenminister hilft die Ermahnung seiner Beamten allein auch nicht weiter, das Amt habe „darauf zu



Kontrahenten Genscher, Klein: „Auf Vorschlag von Strauß“

achten, daß sich die Entwicklungshilfe wie auch andere Bereiche unserer Außenbeziehungen in eine gemeinsame, schlüssige außenpolitische Konzeption der Bundesregierung einpassen“. Genscher ist bei seinem CSU-Kollegen bereits aufgelaufen. Anlaß des neuesten Streites: die Bonner Entwicklungshilfe für den südwestafrikanischen Frontstaat Angola.

Ende Mai war sein Staatsminister Helmut Schäfer von seiner Reise nach Lunda mit der Erkenntnis zurückgekehrt, das Land müsse schon aus außenpolitischen Gründen Bonner Entwicklungshilfe bekommen. Klein verkündete genau das Gegenteil: „Das ist“, höhnte der CSU-Mann, „ein Hüftschuß meines Kollegen Schäfer.“

Klein irrt. Genschers Abgesandter, der als erstes Bonner Regierungsmitglied die seit 1975 unabhängige portugiesische Ex-Kolonie besuchte, war mit dem festen Vorsatz nach Angola gereist, den Wünschen des wirtschaftlich bedrängten Linksregimes unter Präsident José Eduardo dos Santos nach Bonner Entwicklungsmillionen entgegenzukommen.

So heißt es bereits in einer internen Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes von Anfang Mai:

Wir werden dem BMZ die Aufnahme bilateraler Gespräche mit dem Ziel, die ent-

wicklungspolitische Zusammenarbeit mit Angola aufzunehmen, vorschlagen... Das Auswärtige Amt wird dem BMZ gegenüber eine Zusage von 35 Mio DM ... in die Rahmenplanung 1988 einbringen.

Den außenpolitischen Grund für ihren Entschluß, Angola als letztes schwarzafrikanisches Land mit deutscher Entwicklungshilfe zu beglücken, nennen Genschers Afrika-Experten in einem anderen vertraulichen Papier:

Die zaghaften Versuche Angolas, sich unter Beibehaltung der besonderen Anlehnung an die Sowjetunion, Kuba und die übrigen sozialistischen „Bruderländer“ auch gegenüber dem Westen (EG, USA) zu öffnen, verdienen Unterstützung.

Angola-Kundschafter Schäfer erregte sich nach seinen stundenlangen Gesprächen mit Angolas Machthabern über die „Oberstrategen“ im Bonner Koalitionslager: „Wieso sollen wir hier kapitulieren und Angola dem Osten überlassen? So ein Regime für marxistisch-leninistisch halten kann nur einer, der alles beim Wort nimmt, was die sagen.“

Genau so verfährt das Bonner Entwicklungshilfe-Ressort, seit dort die CSU das Sagen hat. Entsprechend fiel Kleins Schelte für Genschers Schäfer aus: Für Bonner Entwicklungshilfe reichten „nur ein paar Bekundungen von Staatschefs totalitärer Regime gegen-

über einem westlichen Besucher . . . natürlich als Voraussetzung nicht aus“.

Wie aber solche Regime den von Klein verlangten „Weg zu mehr Demokratie“ und zu „menschenfreundlicheren Wirtschaftsformen“ finden sollen, wenn der Westen sie isoliert, können weder der neue Entwicklungsminister noch sein CSU-Vorgänger Jürgen Warnke schlüssig begründen. Der strich dem linken Sandinisten-Regime in Nicaragua gegen den Ratschlag des Auswärtigen Amtes die Entwicklungsgelder und machte das mittelamerikanische Land damit noch abhängiger von den Ost-Staaten.

Im potentiell reichen Öl-Land Angola ist die Lage noch komplizierter: Dort hat die linke Regierung von ihren sozialistischen Brüdern über die Jahre nicht viel mehr als Parolen und Kriegswerkzeug geliefert bekommen. Die Devisen stammen – bei sinkenden Verkaufserlösen – allerdings zu 90 Prozent von amerikanischen Öl-Multis. Damit wiederum bezahlt die Regierung in Luanda an die 35 000 kubanische Soldaten. Die sichern seit elf Jahren die amerikanischen Öl-Quellen gegen die Übergriffe der Unita-Guerillas.

Deren Anführer Jonas Savimbi, einst im Solde Pekings, läßt sich vom Burenregime in Südafrika aushalten und von der US-Regierung mit Hilfsgeldern ausstatten. Auch im fernen Europa hat der Bandenchef seine Gönner – darunter Franz Josef Strauß.

Jedenfalls behauptet die Regierung in Angola, die der Rebell Savimbi mit Apartheid-Geldern von der Macht vertreiben will, die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung leiste Hilfsdienste für die angeblich prowestliche Unita, die sich in letzter Zeit immer häufiger an der Zivilbevölkerung vergreift.



Angola-Kundschafter Schäfer
„Sollen wir kapitulieren?“



CDU-Mittelständler Pieroth*: Spagat für die Partei

Luis José de Almeida, Angolas Botschafter für die Bundesrepublik, hat wegen der CSU-Sympathie für die Unita bereits in der Münchner Staatskanzlei vorgesprochen. Den bayrischen Ministerpräsidenten lud er zu einem Besuch nach Angola ein. Als der Diplomat dem Strauß-Gehilfen Edmund Stoiber eher nebenbei erzählte, mit Staatsminister Schäfer werde auch ein Bonner Regierungsmitglied vor Ort erscheinen, bekam er eine verblüffende Antwort. Stoiber bissig: „Wenn wir den Außenminister stellen, wäre da schon längst jemand hingefahren.“

CDU

Halb da

Mit Elmar Pieroth besetzt ein weiterer Geißler-Mann eine Schlüsselposition innerhalb der CDU.

Heiner Geißler triumphierte wieder einmal. Im Gedränge des Bonner Sommerfestes der CDU-Mittelständler am vorigen Dienstag hatte der Generalsekretär einen Gast erspäht, der ihm besonderer Ehre wert war: „Mensch, Elmar, daß ich dich hier sehe, freut mich wirklich.“

Seit der ehemalige Weinhändler aus dem rheinland-pfälzischen Burg Layen – er ist noch immer Gesellschafter der in den Weinskandal verwickelten Pieroth-Gruppe – und heutige Berliner Wirtschaftssenator Elmar Pieroth am 12. Juni

zum Vorsitzenden der einflußreichen Mittelstandsvereinigung gewählt wurde, weiß der „kommandierende Generalsekretär“ (CDU-MdB Hansheinz Hauser) einen weiteren Politiker aus seinem Freundeskreis in einem strategisch wichtigen Parteiamt. Pieroths teilweise Rückkehr auf die Bonner Bühne („halb bin ich wieder da“) verstärkt erneut den Eindruck, daß Heiner Geißler, nicht Helmut Kohl, die C-Partei regiert.

Innerhalb kurzer Zeit sind in der Union vier wichtige Personalentscheidungen gefallen, die Geißler-Vertraute selbst dann beförderten, wenn sie ausgewiesene Kohl-Gegner waren.

Seinen ersten Coup startete der „amtierende Parteivorsitzende“ (Geißler über Geißler), als er die Kabinettsnovizin Rita Süßmuth so auffällig unterstützte, daß sie zur Vorsitzenden der CDU-Frauenvereinigung gewählt wurde. Parteirechte, die Geißlers Starfrau zuviel Liberalität in Sachen Aids und Abtreibung vorwerfen, blieben im Abseits.

Nicht ohne Argwohn mußte der Kanzler im Frühjahr hinnehmen, daß Geißler das Kommando übernahm und Norbert Blüm zum NRW-Landesvorsitz trieb. Bei den Koalitionsverhandlungen hatte Kohl dem noch die Schuld daran gegeben, daß seine Harmonieübungen mit den Liberalen durch lauten Krach um den Spitzensteuersatz verpatzt wurden.

Als Kandidaten für die Blüm-Nachfolge an der Spitze der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) durfte Geißler wenig später einen alten Weggefährten, den Berliner Sozialsenator Ulf Fink, begrüßen. Pech für Kohl: Des Kanzlers Favorit, Heinz Soénius aus Köln, fiel bei der Kür im CDA-Vorstand

* Bei einer Werbeaktion für holländische Kartoffeln in Berlin.